

## Verwendete und weiterführende Literatur

- ESHERICK, JOSEPH (1987): *The Origins of the Boxer Uprising*, Berkeley: Univ. of California Pr.
- FAIRBANK, JOHN K. (1968): *The Chinese World Order: Traditional China's foreign relations*, Cambridge, Mass., Harvard University Press.
- FAIRBANK, JOHN K. (1978/Hrsg.): *The Cambridge History of China: Volume 10: Late Ch'ing, 1800–1911, Part I*, Cambridge: Cambridge University Press.
- FAIRBANK, JOHN K., KWANG-CHING LIU (1980/Hrsg.): *The Cambridge History of China: Volume 11: Late Ch'ing, 1800–1911, Part 2*, Cambridge, Cambridge University Press, 1980.
- FEWSMITH, JOSEPH (1985): *Party, State, and Local Elites in Republican China: Merchant Organizations and Politics in Shanghai, 1890–1930*, Honolulu: University of Hawaii Press.
- GRIEDER, JEROME B. (1983): *Intellectuals and the State in Modern China: A Narrative History*, New York: Free Pr.
- HSIAO KUNG-CH'UAN (1975): *A Modern China and a New World: K'ang Yu-wei, Reformer and Utopian, 1858–1927*. Seattle: University of Washington Press.
- HSÜ IMMANUEL C. Y. (1970): *The Rise of Modern China*, New York: Oxford University Press.
- LEVENSON, JOSEPH R. (1965): *Confucian China and its Modern Fate (Volume Three): The Problem of Historical Significance*, London: Routledge and Kegan Paul.
- SCHWARTZ, BENJAMIN (1964): *In Search of Wealth and Power: Yen Fu and the West*, Cambridge, Mass.: The Belknap Press of Harvard University Press.
- WAGNER, RUDOLF G. (1982): *Reenacting the Heavenly Vision: The Role of Religion in the Taiping Rebellion*, Berkeley: Institute of East Asian Studies, University of California.
- WAGNER, RUDOLF G. (1995): *The Role of the Foreign Community in the Chinese Public Sphere*, in: *China Quarterly*, Nr. 142, Juni 1995, S. 423–443.

## VI. Die chinesische Republik zwischen Modernisierung und Bürgerkrieg: 1911 bis 1949

HERMANN HALBEISEN

### 1. Vorbemerkung

In den beinahe vierzig Jahren ihres Bestehens auf dem chinesischen Festland hat die Republik China eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Auseinandersetzungen um die politische Macht und Interventionen ausländischer Staaten bewirkten eine Abfolge verschiedener Regime und letztlich den Untergang der Republik auf dem Festland als Folge des Bürgerkrieges. In diesem Zeitraum genoß die Republik nur in den ersten Jahren der Präsidentschaft Yuan Shikais und während der sogenannten »Nanjing-Dekade« Phasen relativer Ruhe und Stabilität.

Die neue Ordnung war mit den gleichen Problemen belastet, die auch die Qing-Herrschaft in ihrer Spätphase geprägt hatten: Die Schwäche der Zentralregierung hielt an, während der Spielraum der Provinzen immer größer wurde. Diese Gewichtsverlagerung wurde nicht durch einen konstitutionellen Rahmen strukturiert, sie manifestierte sich vielmehr in andauernden militärischen Auseinandersetzungen zwischen jenen Kräften, die auf eine Stärkung der Zentralgewalt abzielten, und jenen, die den Einfluß der Provinzen zu wahren oder auszudehnen trachteten. Dahinter standen verschiedenartige Modernisierungskonzepte.

### 2. Die Auseinandersetzung um die politische Ordnung

#### 2.1 Die Revolution von 1911

Die republikanische Revolution war eher das Ergebnis eines Zufalls denn das Resultat zielgerichteter Anstrengungen. Drei Faktoren begünstigten ihren Erfolg: die anhaltende Krise der Qing-Dynastie, wachsende Spannungen zwischen den Provinzen und der Regierung in Peking über die Verteilung ökonomischer und politischer Ressourcen sowie die langjährigen Aktionen revolutionärer Gruppen, die die Gründung einer Republik anstrebten.

Nur vor diesem Hintergrund konnte eine Konspiration junger Offiziere in Wuchang, deren Aufdeckung den Auslöser für die Revolution am 10. Oktober 1911 bildete, landesweite Bedeutung erlangen. Führende Repräsentanten der republikanischen Bewegung, Huang Xing und Sun Yat-sen, setzten sich an die Spitze der Rebellion. Sun, Advokat der Republik und Führer der größten Organisation für eine

revolutionäre Veränderung, der Tongmenghui («Verschworene Liga»), wurde provisorischer Präsident der neuen Republik. Süd- und Zentralchina entglitten der Kontrolle der Regierung in Peking, das Land spaltete sich geographisch wie politisch.

## 2.2 Die Präsidentschaft Yuan Shikais (1912–1916)

Die Schwächen der nationalistischen Revolution wurden schnell offenkundig. Die Revolutionäre verfügten weder über die militärische Macht noch über die politische Unterstützung, um der Revolution im ganzen Land zum Sieg zu verhelfen. In einem Kompromiß mit konservativen, kaisertreuen Kräften wurde die Abdankung des Kaisers und die Etablierung der Republik als neue Staatsform vereinbart. Der erste Präsident der Republik, Yuan Shikai, entstammte jedoch nicht dem revolutionären Lager. Er war ein loyaler Diener der Qing, der die Institutionen der neuen Ordnung ablehnte.

Über die Ausgestaltung der politischen Strukturen bestanden tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Die Verfassung sah ein präsidentielles System vor, das dem Präsidenten der Republik eine starke Stellung zuwies. Tendierte Präsident Yuan zu einer extensiven Interpretation der Prärogativen seines Amtes, so verfolgten führende Vertreter der republikanischen Bewegung einen anderen Kurs. Song Jiaoren, der wichtigste Repräsentant dieser Bewegung, strebte ein parlamentarisches System an. Unter seiner Führung schloß sich die Tongmenghui, bislang eine revolutionäre Geheimgesellschaft, mit anderen bürgerlichen Gruppierungen zur Nationalpartei (Guomindang/GMD) zusammen. Die GMD schickte sich an, in Konkurrenz mit anderen Parteien bei den anstehenden Wahlen eine parlamentarische Mehrheit zu erringen und über das Amt des Premierministers Regierungsgewalt auszuüben. Dieser Entwicklung wurde durch die Ermordung Songs im März 1913 und die Unterdrückung der GMD ein Ende gesetzt.

Nachdem Yuan Shikai auch den von seinen Gegnern im Juli 1913 gestarteten Versuch einer »Zweiten Revolution« auf diese Weise niedergeschlagen und das Parlament als funktionsfähiges politisches Organ ausgeschaltet hatte, dominierte der Präsident die politischen Institutionen. Der Versuch, die Machtfülle seines Amtes zur Durchsetzung eines Vorrangs der Zentralregierung zu nutzen, scheiterte jedoch. Mit wachsenden innen- und außenpolitischen Problemen konfrontiert – so suchte Japan die Schwäche der Regierung durch die Präsentation von sogenannten »21 Forderungen« zu nutzen, deren Erfüllung dem Land eine weitgehende Dominanz in der Politik und Wirtschaft Chinas gesichert hätte – war Yuan bestrebt, seine schwindende Legitimation durch die Restauration des Kaisertums zu erneuern. Er stieß dabei aber auf einhellige Ablehnung und löste eine neue Rebellionsbewegung in den Provinzen aus, die sich unter dem Vorwand, die Republik zu schützen, gegen die Zentrale erhoben.

## 2.3 Herrschaft der Kriegsherren (1916–1927)

Nach dem Tode Yuans im Jahr 1916 zerfiel der Einfluß der Zentralregierung. Sie blieb weiterhin die international anerkannte Regierung mit dem Recht, interna-

tional verbindliche Verträge abzuschließen. Es war daher immer noch ein erstrebenswertes Ziel, die Kontrolle über diese Regierung zu erlangen. Allerdings war die Regierungskontrolle bis 1928 – und in mancher Hinsicht bis zur Etablierung der kommunistischen Regierung im Jahre 1949 – nicht mit der Herrschaft über das gesamte Territorium Chinas verbunden. Das Land zerfiel vielmehr in zahlreiche Teilgebiete, die von »Kriegsherren« beherrscht wurden.

### 2.3.1 Charakteristika der Kriegsherren

Als »Kriegsherren« galten lokale Machthaber, die jeweils ihnen persönlich ergebene Streitkräfte befehligten und ein bestimmtes Gebiet kontrollierten bzw. versuchten, die Kontrolle über ein Gebiet zu erlangen. Ein Kriegsherr handelte – weitgehend unabhängig von anderen Einflüssen – in Verfolgung seiner eigenen Interessen. Charakteristisch für die Kriegsherren waren weniger die Ziele ihrer Herrschaft als die Art der Herrschaftsausübung.

Unter dem Begriff »Kriegsherren« wird eine sehr disparate Gruppe von Personen zusammengefaßt, deren Zusammensetzung, Qualifikationen und Herkunft sich über die Zeit hin änderte. Die Kriegsherren, die unmittelbar nach dem Tode Yuans auftraten, entstammten in der Regel dem Offizierskorps der Qing-Dynastie, mit Wertvorstellungen, die sich stark am Konfuzianismus orientierten. Anfang der zwanziger Jahre trat eine neue Generation auf den Plan, viele ihrer Mitglieder entstammten sehr einfachen Verhältnissen. Gleichheit der Herkunft führte jedoch nicht zwangsläufig zu gleicher Politik. Das Spektrum erstreckte sich von Feng Yuxiang, dem »christlichen General«, bis Zhang Cunchang. Handelte Feng nach konfuzianischen Vorstellungen von der Verpflichtung der Regierung gegenüber dem Volk, so beutete Zhang, dessen Karriere auch eine Zeit als Bandit einschloß, die von ihm beherrschten Gebiete systematisch aus.

Die Kriegsherren kümmerten sich intensiv um die Beschaffung finanzieller Ressourcen, zur eigenen Bereicherung wie zum Unterhalt ihrer Truppen. Da ihre Herrschaft höchst unsicher war und regelmäßig von Kriegen unterbrochen wurde, achteten sie beim Eintreiben von Abgaben in der Regel nicht darauf, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beherrschten Gebiete zu sichern.

### 2.3.2 Volksfront und Nordfeldzug (1924–1927)

Unter den Kriegsherren war das formelle politische Leben weitgehend lahmgelegt. Abseits der politischen Institutionen formierten sich jedoch politische Kräfte, die in den kommenden Jahren die politische Entwicklung des Landes prägen sollten.

Sun Yat-sen, Führer und Vordenker der GMD, präziserte seine politischen Theorien von den »Drei Volksprinzipien« und vom Aufbau einer demokratischen Ordnung. Die Niederlage der »Zweiten Revolution« war ihm Beleg dafür, daß China nicht reif war für einen direkten Übergang zur Demokratie. Um ein erneutes Scheitern zu vermeiden, vertrat Sun jetzt ein Phasenmodell: Nach der mit militärischen Mitteln vollendeten Revolution sollte eine Phase der Erziehungsdiktatur die Chinesen auf die Demokratie vorbereiten.

Motiviert von den Ideen der 4. Mai-Bewegung (siehe auch den Beitrag von Rudolf G. Wagner) und dem Erfolg der Oktoberrevolution in Rußland gründete eine

Gruppe junger Intellektueller am 1. Juli 1921 die Kommunistische Partei Chinas (Gongchandang/KPCh). Als Partei einer Arbeiterklasse, die zum Zeitpunkt der Parteigründung gerade 0,5 % der Bevölkerung ausmachte, blieb sie jedoch zunächst ohne Einfluß.

Gravierenden Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung hatte jedoch das Engagement der Kommunistischen Internationale (Komintern) in China. Mit Hilfe ihrer Berater wurde die GMD nach leninistischen Prinzipien reorganisiert. Die Komintern unterstützte die Partei finanziell, half beim Aufbau einer Militärakademie sowie bei der Aufstellung und Ausrüstung ihrer Streitkräfte.

Auch die Entwicklung der KPCh wurde von der Komintern beeinflusst. Ihre Delegierten lenkten die ideologische Entwicklung der Partei und setzten gegen den Widerstand zahlreicher Mitglieder ein Bündnis zwischen KPCh und GMD durch. Im Rahmen einer »Volksfront« konnten Mitglieder der KPCh auf individueller Basis in die GMD eintreten und in leitenden Funktionen tätig werden.

Nach dem Tod Sun Yat-sens, dem unumstrittenen Führer der GMD wie der Volksfront, im März 1925 gewann das ohnehin spannungsgeladene Verhältnis der beiden Parteien an Schärfe. Auch innerhalb der GMD nahmen die Auseinandersetzungen zu, sei es als Folge persönlicher Machtinteressen im Kampf um den vakanten Parteivorsitz oder als Folge von Meinungsverschiedenheiten über den Sinn des Bündnisses mit der KPCh. Deren Einfluß nahm innerhalb und außerhalb der Volksfront ständig zu, und besonders unter der Arbeiterschaft und den Bauern vermochte die KPCh ihre Stellung auszubauen.

Diese Spannungen wurden durch den Beginn des »Nordfeldzuges« im Juli 1926, der mit der Einigung des Landes mit militärischen Mitteln endete, zunächst zurückgedrängt. Bei ihrem Vormarsch stießen die Truppen der GMD nur auf geringen Widerstand und erzielten in kurzer Zeit große Geländegewinne. Anfang 1927 wurde Shanghai eingenommen.

Der Vormarsch wurde durch den erneuten Ausbruch von Konflikten innerhalb des Bündnisses unterbrochen. Die GMD spaltete sich in einen rechten, antikommunistischen Flügel unter Chiang Kai-shek in Shanghai und einen linken Flügel unter Wang Jingwei in Wuhan. Wang hielt zunächst an der Volksfront fest. Ein blutiges Massaker in Shanghai im April 1927, in dessen Verlauf zahlreiche Angehörige linker Organisationen getötet wurden, leitete das Ende der Volksfront ein, das bald danach auch vom linken Flügel der GMD vollzogen wurde. Die Reste der KPCh zogen sich in den städtischen Untergrund zurück oder versuchten, auf dem Lande einen Guerillakrieg zu organisieren.

### 3. Die Nanjing-Dekade (1927–1937)

Die knapp zehn Jahre zwischen dem Ende des Nordfeldzuges und dem Beginn des anti-japanischen Krieges werden nach dem Ort benannt, an dem die siegreiche GMD ihre Regierung errichtete. Die neue Regierung verfolgte ambitionierte Pläne: Vollendung der nationalen Einheit, Rückerlangung chinesischer Souveränität in politischen und ökonomischen Angelegenheiten sowie rapide Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung. Ihrer Verwirklichung standen jedoch gravierende

Hindernisse entgegen. Die politischen Institutionen der Nation waren verfallen, regionale Militärmachthaber herrschten auch weiterhin in großen Teilen des Landes. Die Wirren vor der Etablierung des neuen Regimes hatten die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtert, Aufstände im Inneren und Aggression von außen stellten die Regierung vor ungeahnte Probleme.

#### 3.1 Gefährdete Herrschaft

Schon vor dem Ende des Nordfeldzuges mit der Eroberung Pekings im Juni 1928 wurde am 18. April eine neue Zentralregierung in Nanjing errichtet. Die vollständige Einigung der Nation wurde allerdings erst im Dezember 1928 erreicht, als sich auch der Kriegsherr der Mandschurei formell der Zentralregierung unterordnete.

##### 3.1.1 Konflikte zwischen Zentralregierung und Kriegsherren

Die tatsächliche Autorität der Zentralregierung erstreckte sich trotzdem nur über einen Teil des Territoriums der Republik. Er umfaßte mit den am Unterlauf des Yangzi gelegenen Provinzen Zhejiang, Anhui, Jiangsu und Jiangxi sowie dem Finanzzentrum Shanghai zwar eines der wirtschaftlich bedeutendsten Gebiete Chinas, aber nur 7,6 Prozent seiner Fläche und 20 Prozent seiner Bevölkerung. Der Großteil des Landes stand weiterhin unter der de facto Kontrolle einzelner Kriegsherren, da sich die GMD während des Nordfeldzuges aus pragmatischen Überlegungen auf weitgehende Kompromisse gegenüber diesen hatte einlassen müssen. Sie waren zum Teil mit hochrangigen Positionen in der GMD abgefunden worden, standen aber ihrer programmatischen Zielsetzung indifferent, und Plänen für eine Zentralisierung der Macht sogar ausgesprochen ablehnend gegenüber.

Die Unabhängigkeit der Kriegsherren wurde in der Form regionaler Politischer Räte legitimiert und institutionalisiert, die formal dem Zentralen Politischen Rat in Nanjing unterstanden. Die Absicht der Zentralregierung, diese Räte aufzulösen und eine Reduzierung der Streitkräfte vorzunehmen, löste erneut Konflikte aus. Nach dem Abschluß der militärischen Phase der Revolution mußten die auf zwei Millionen Mann angewachsenen Streitkräfte reduziert werden, da ihr Unterhalt die Mittel für dringend benötigte Investitionen verschlang. Trotz einer Übereinkunft über die Reduzierung der Streitkräfte auf 800 000 Mann und einer Beschränkung der Militärausgaben auf 41 Prozent der Regierungseinnahmen scheiterte die Demobilisierungskonferenz im Januar 1929, da die Kriegsherren einen Machtverlust fürchteten. Versuche der Zentralregierung, ihre Vorrangstellung durchzusetzen, stießen auf entschiedenen Widerstand und lösten eine Folge von Menschen wie Material vernichtenden militärischen Auseinandersetzungen aus.

Auch temporäre Erfolge der Zentralregierung führten lediglich zu weiteren Auseinandersetzungen. Oppositionelle Gruppierungen der GMD fanden sich mit Kriegsherren in der »Nördlichen Koalition« zusammen, die die Errichtung eines separaten Regimes betrieb und im September 1930 eine neue Regierung ausrief. Das separatistische Regime in Beijing war jedoch nicht von Dauer. In erbitterten Kämpfen – die Verluste beider Seiten beliefen sich auf fast 250 000 Gefallene und



Verwundete – konnte die Zentralarmee die Rebellen aus Beijing vertreiben, Nordchina blieb jedoch weiterhin außerhalb der Kontrolle der Zentralregierung.

Auch die Spaltung der GMD dauerte an. Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit einer Verfassung für die Zeit der Erziehungsdiktatur mündeten in einen Konflikt zwischen führenden Repräsentanten. Unter dem Eindruck der positiven Reaktionen auf den Verfassungsentwurf der »Nördlichen Koalition« sprach sich Chiang Kai-shek im Februar 1931 ebenfalls für die Verabschiedung einer vorläufigen Verfassung aus, stieß jedoch auf erbitterten Widerstand, der im Mai 1931 erneut zur Gründung einer Gegenregierung, diesmal mit Sitz in Guangzhou (Kanton), führte.

Die japanische Invasion der Mandschurei im September 1931 verstärkte die Forderungen nach einem Ende der innerparteilichen Streitigkeiten und der Bildung einer geeinten Regierung, um dem Aggressor wirksam entgegenzutreten zu können. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung bildeten Nanjing und Guangzhou nach langwierigen Verhandlungen eine neue Regierung. Diese Regierung, die am 1. Januar 1932 ihr Amt antrat, erwies sich jedoch als extrem kurzlebig. Ohne Beteiligung der wichtigsten Persönlichkeiten der GMD, ohne Unterstützung in den Streitkräften und den Finanzkreisen wurde sie nach nur 25 Tagen von einer Koalition abgelöst, in der der langjährige Führer der innerparteilichen Opposition, Wang Jingwei, das Amt des Regierungschefs und Chiang Kai-shek den Vorsitz der Militärkommission übernahm.

Die Bildung der neuen Regierung unter dem Eindruck der japanischen Bedrohung markierte jedoch nicht das Ende der Konflikte zwischen Zentralregierung und Kriegsherren. Bildeten vor 1932 angeblich diktatorische Neigungen Chiangs die Legitimation für eine Rebellion gegen Nanjing, so dienten jetzt angeblich unzureichende Anstrengungen gegen den japanischen Aggressor als Rechtfertigung. Die allmähliche Ausdehnung des Einflusses der Zentralregierung vermochten sie jedoch nicht aufzuhalten. Im Zuge der Militärkampagnen gegen die KPCh vermochte Nanjing seinen Einfluß auf die Provinzen Süd- und Westchinas auszudehnen. Die Niederschlagung der letzten großen Rebellion von Kriegsherren vor Beginn des anti-japanischen Krieges im Sommer 1936 verstärkte diesen Trend. Neun Jahre nach ihrer Gründung erstreckte sich der Einflusssbereich der Zentralregierung auf ca. 23 Prozent der Fläche und knapp zwei Drittel der Bevölkerung Chinas.

### 3.1.2 Japans Aggression in China

Die wichtigste externe Bedrohung des nationalistischen Regimes ging von Japan aus, das Anfang der dreißiger Jahre seine bisher geübte Chinapolitik der politischen Intervention zugunsten einer Annektion chinesischen Territoriums aufgegeben hatte. Ziel der Expansionspläne waren die im Nordosten Chinas gelegenen Provinzen der Mandschurei, deren reiche Rohstoffvorkommen die Aufmerksamkeit der japanischen Führung erweckt hatten.

Um seine Ambitionen nicht zu gefährden, versuchte Japan, Fortschritte in der Einigung Chinas und in der Konsolidierung der Zentralregierung zu verhindern. Es bediente sich dazu willfähriger Kriegsherren, zögerte aber auch nicht, eigene Truppen einzusetzen. So versuchten japanische Streitkräfte im April 1928, den Vormarsch des Nordfeldzuges durch eine Intervention in Shandong zu stoppen. Erste

Erfolge des Bemühens der Zentralregierung, ihre Stellung gegenüber Japan durch militärische und wirtschaftliche Projekte zu stärken, aber auch die wachsende anti-japanische Haltung großer Teile der chinesischen Bevölkerung wurden als Bedrohung empfunden. Besonders die in der Mandschurei lebenden Japaner fühlten sich gefährdet und forderten die japanische Regierung zu Gegenmaßnahmen auf, die auch die Gründung eines autonomen mandschurisch-mongolischen Staates einschlossen. Diese Pläne fanden die Unterstützung der japanischen Kwantung-Armee, die große Teile der Mandschurei kontrollierte. Diese Armeegruppe genoß einen semiautonomen Status, den sie zur Verwirklichung ihrer selbstgestellten Aufgabe, die Mandschurei für Japan zu gewinnen, nutzte.

Die innenpolitische Lage Chinas wie die internationale Situation schienen die Pläne der Kwantung-Armee zu begünstigen. Die westlichen Großmächte waren durch die Weltwirtschaftskrise geschwächt und mit internen Problemen beschäftigt. Der Völkerbund verfügte nicht über die Mittel, um internationalen Verträgen im Konfliktfall Geltung zu verschaffen. In Japan hatten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise eine innenpolitische Klimaveränderung bewirkt. Angesichts wachsender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Schwierigkeiten gewannen die Argumente expansionistischer Kreise an Unterstützung. Ihre Anhänger im Militär übten Druck auf die Regierung aus, einen Kurs außenpolitischer Expansion einzuschlagen. Die Regierung in Tokyo war nicht fähig, ihre Autorität gegenüber den Streitkräften durchzusetzen.

Ein vorgetäuschter Bombenanschlag auf die Südmandschurische Eisenbahn, der »Mukden-Zwischenfall« vom 1. September 1931, lieferte den Vorwand für eine »Selbstverteidigungsaktion« der japanischen Einheiten. Innerhalb weniger Tage gelangten die wichtigsten Städte der Mandschurei in japanische Hand. Versuche der japanischen Regierung, den Vormarsch zu stoppen, scheiterten.

Der japanische Angriff traf die chinesische Regierung nicht unerwartet. Angesichts andauernder innenpolitischer Probleme war sie jedoch darauf bedacht, weitere militärische Konflikte, zumal mit einer überlegenen Macht, zu vermeiden. Sie verfolgte daher einen hinhaltenden Kurs, der auf direkten militärischen Widerstand ebenso verzichtete wie auf Verhandlungen. Proteste in Tokio blieben ebenso erfolglos wie der Versuch, den Konflikt durch die Einschaltung des Völkerbundes zu internationalisieren.

Innerhalb von fünf Monaten brachten japanische Truppen die gesamte Mandschurei unter ihre Kontrolle. Am 28. Januar 1932 eröffneten sie eine zweite Front in Shanghai, stießen aber auf den entschiedenen Widerstand chinesischer Truppen. Als deren Widerstand zusammenbrach, wurde der Sitz der Zentralregierung nach Luoyang in Zentralchina verlegt. Nach Inkrafttreten eines Waffenstillstands am 5. Mai 1932 zogen sich die japanischen Truppen aus Shanghai zurück.

Entsprechend den Plänen für die Bildung einer autonomen Region Mandschurei-Mongolei errichtete Japan am 9. März 1932 in der Mandschurei ein Marionettenregime mit dem Namen Manchukuo – Land der Mandschuren, an dessen Spitze der letzte Kaiser der Qing-Dynastie, Puyi, trat.

Entgegen den Anweisungen der eigenen Regierung dehnte die Kwantung-Armee ihre Angriffe auf Gebiete jenseits der großen Mauer aus. Erst mit dem Waffenstillstand vom 31. Mai 1933, der die Schaffung einer entmilitarisierten Zone im östlichen Hebei mit den Städten Beijing und Tianjin vorsah, wurde der japanische



Vormarsch vorläufig beendet. An die Stelle militärischer Operationen trat in den folgenden Jahren die Förderung von Autonomiebewegungen, mit deren Hilfe weitere Gebiete in Nordchina aus der Kontrolle Nanjings gelöst werden sollten.

### 3.1.3 Entwicklung der kommunistischen Bewegung

Eine weitere wesentliche Herausforderung für das nationalistische Regime bildete die kommunistische Bewegung. Sie hatte sich nach dem Bruch der Volksfront in zwei Lager geteilt. Die Parteizentrale der KPCh operierte im städtischen Untergrund und versuchte, durch Streiks, Sabotageakte und Aufstände eine Revolution auszulösen. In den ländlichen Gebieten Hunans und Jiangxis verfolgte Mao Zedong eine Politik der Agrarrevolution.

Auf die politischen Strategien der KPCh hatte in dieser Zeit auch die Komintern in Moskau bestimmenden Einfluß. Die KPCh geriet daher unter den Einfluß der Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Trotzki über den Kurs der Weltrevolution. Nach Stalins Sieg im innerparteilichen Machtkampf wurde seine Analyse der Lage in China bestimmend: Die chinesische Revolution befand sich demnach in einer Aufschwungphase, die durch bewaffnete Aufstände und die Einrichtung von städtischen Sowjetgebieten gefördert werden sollte.

#### 3.1.3.1 Revolution in den Städten

Gemäß dieser Einschätzung organisierte die KPCh bewaffnete Aufstände mit dem Ziel, Städte unter ihre Kontrolle zu bringen und sie zu Basisgebieten auszubauen. Der erste Aufstand am 1. August 1927 in Nanchang wurde nach vier Tagen niedergeschlagen. Auch ein zweiter Aufstandsversuch scheiterte. Unter Führung des deutschen Kominternagenten Neumann besetzten Arbeitermilizen am 11. Dezember 1927 Guangzhou. Die erhoffte Signalwirkung der »Kanton-Kommune« blieb jedoch aus, der Aufstand brach nach drei Tagen unter hohen Verlusten der Aufständischen zusammen.

Der Bruch der Volksfront und das Scheitern der Aufstandsbewegung lösten scharfe Kontroversen über deren Ursachen und den künftigen Kurs der Partei aus. Da die politische Korrektheit der Kominternlinie außer Frage stand, wurde die Verantwortung in der Führung der KPCh gesucht, anhaltende Umbesetzungen in den Führungspositionen waren die Folge. Als erster wurde Generalsekretär Chen Duxiu wegen »Defätismus« seines Amtes enthoben. Sein Nachfolger wurde Qu Qiubai, ein Schützling Stalins.

Auf dem IV. Parteitag, der im Juli 1928 in Moskau zusammentrat, wurden erneut Veränderungen vorgenommen, der politische Kurs wurde jedoch beibehalten. Er forderte den Sturz der Regierung in Nanjing und die Vernichtung ihrer militärischen Macht, die Einrichtung von Sowjets, eine Agrarrevolution mit Beschlagnahme des Bodens der Grundbesitzer und die Einigung des Landes durch Vertreibung der Imperialisten. Li Lisan löste den wegen »Linksabweichertums« kritisierten Qu in der Parteiführung ab.

Ausgehend von einer Analyse der Komintern, die im Oktober 1929 erneut eine revolutionäre Welle für China erwartete, suchte Li die Mitte 1930 ausbrechenden innenpolitischen Unruhen zu nutzen. Er intensivierte die Untergrundarbeit der Partei und organisierte Streiks und Sabotageakte. Die neugebildete Rote Ar-

mee unter Führung von Peng Dehuai eroberte Changsha, die Hauptstadt von Hunan, vermochte sie aber nicht zu halten. Der Fehlschlag der »Li-Lisan-Linie«, über Arbeiteraufstände in den Städten die Macht der KPCh zu stärken, führte zu seiner Ablösung. Mitglieder der »28 Bolschewiken«, die an der Sun Yat-sen Universität in Moskau studiert hatten, übernahmen im Januar 1931 die Führung des Politbüros.

#### 3.1.3.2 Revolution in den ländlichen Gebieten

Weitgehend unabhängig von der Parteiführung hatte Mao Zedong in Hunan den Aufbau einer Bauernbewegung vorangetrieben und im September 1927 den »Herbsternteaufstand« organisiert. Von Regierungstruppen verfolgt, zogen sich seine Truppen daraufhin in ein unzugängliches Berggebiet an der Grenze von Hunan und Jiangxi, den Jinggangshan, zurück. Ungeachtet der Kritik der Parteiführung an Maos Strategie – sie führte im November 1927 zu seinem Ausschluß aus dem Politbüro – unterstellten sich im Laufe des Jahres 1928 weitere Einheiten seinem Kommando. Die militärische Führung lag bei Zhu De, Mao fungierte als Vertreter der Partei.

In diesen Jahren entwickelte Mao die wesentlichen Elemente seiner Strategie der ländlichen Revolution: Durch eine an egalitären Prinzipien orientierte Agrarrevolution, die allen ländlichen Klassen einen Anteil am Boden zuwies, sollte die Unterstützung der bäuerlichen Massen gewonnen werden. Es sollte eine territoriale Basis geschaffen werden, die relativ sicher vor dem Zugriff der GMD war und über einen eigenen Partei- und Regierungsapparat verfügte. Ein weiteres Ziel war die Einrichtung einer unabhängigen militärischen Streitmacht für den Guerillakrieg. Die territoriale Basis und die Armee sollten in der Lage sein, sich selbst zu versorgen. Diese Vorstellungen prägten den Jiangxi-Sowjet, den kommunistische Einheiten unter Maos Führung 1929 gründeten.

Während die Strategie der Parteiführung in Shanghai nur Fehlschläge und Verluste gebracht hatte, erwies sich Maos Strategie als erfolgreich. Ausdruck seines gewachsenen Einflusses war die Einberufung des 1. Allchinesischen Sowjetkongresses für den 7. November 1931 in die Hauptstadt des Jiangxi-Sowjets, an dem auch Delegierte der Parteiführung in Shanghai teilnahmen. Während des Kongresses kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs der chinesischen Revolution. Der moderate Kurs Maos in der Landrevolution sollte nach dem Willen der Parteiführung durch die vollständige Enteignung der Grundbesitzer und eine Umverteilung des Bodens zugunsten der armen Bevölkerung abgelöst werden. Ebenso sollte die Guerillastrategie zugunsten einer regulären Kriegsführung gegen die Regierungstruppen aufgegeben werden. Der Plan, eine antijapanische Volksfront unter Einschluß aller Gruppen zu organisieren, wurde kritisiert, die Parteiführung forderte statt dessen den verstärkten Ausbau der Roten Armee.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen fanden vor dem Hintergrund ständiger militärischer Bedrohung statt. Als Antwort auf die Einrichtung von Sowjetgebieten unternahmen die Streitkräfte der Zentralregierung insgesamt fünf Einkreisungs- und Vernichtungskampagnen, die mit sehr unterschiedlichen Resultaten endeten. Erst der fünften Einkreisungskampagne war Erfolg beschieden. Für diese Kampagne mobilisierte die Zentralregierung im Oktober 1933 mehr als 700 000 Mann. Deutsche Militärberater hatten für Chiang Kai-shek eine Strategie der Ein-

kreisung und wirtschaftlichen Isolation ausgearbeitet, die die Basisgebiete von allen äußeren Zufuhren abschloß.

Die Strategie war erfolgreich: Sie fügte den kommunistischen Verbänden schwere Verluste zu und zwang sie zur Aufgabe des Sowjetgebietes in Jiangxi. Um der vollständigen Vernichtung zu entgehen, durchbrachen Einheiten der Roten Armee am 15. Oktober 1934 den Belagerungsgürtel. Fast 100 000 Menschen begaben sich auf eine Flucht, die später als »Langer Marsch« berüht wurde. Das Ziel, ein Sowjetgebiet in Nord-Shaanxi, erreichten im Oktober 1935 – nach einem Marsch von rund 12 500 km – nur 8 000.

### 3.1.5 Der Xi'an-Zwischenfall

Die Politik der Zentralregierung, ungeachtet der äußeren Aggression zunächst den Widerstand im Innern zu beseitigen, war innenpolitisch höchst umstritten. Besonders unter der Studentenschaft und nationalistisch eingestellten Bevölkerungsgruppen verlor die Regierung zunehmend an Zustimmung und Unterstützung.

Die KPCh hingegen war im Kampf um die öffentliche Meinung erfolgreicher, da sie in ihrer Propaganda Forderungen der Komintern mit den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung verknüpfte. Unter dem Eindruck des wachsenden Einflusses faschistischer Regime und der damit verbundenen Bedrohung der UdSSR beschloß die Komintern im August 1935, daß die kommunistischen Parteien Bündnisse mit antifaschistischen und linken Gruppierungen zur Abwehr von Faschismus und Militarismus eingehen sollten. So begann die KPCh Anfang 1936, das Konzept einer großen Allianz aller Parteien, Gruppen und Streitkräfte zur Rettung der Nation vor der japanischen Aggression zu verbreiten. Dieser Plan stieß auf positive Resonanz und verstärkte den ohnehin starken Druck der öffentlichen Meinung auf die Zentralregierung.

Die Nationalisten waren jedoch nicht bereit, das Primat der inneren Konsolidierung aufzugeben, zumal sie die chinesischen Kommunisten in eine Position gedrängt hatten, die eine baldige militärische Lösung erwarten ließ. Die dafür vorgesehenen Einheiten erwiesen sich jedoch als anfällig für den Plan einer antijapanischen Einheitsfront. Anlässlich einer Inspektion in Xi'an wurde Chiang Kai-shek im Dezember 1936 von diesen Einheiten festgesetzt. Seine Freilassung wurde an die Erfüllung verschiedener Forderungen geknüpft, zu denen auch die Einstellung militärischer Kampfhandlungen gegen oppositionelle Kräfte und die Reorganisation der Zentralregierung unter Einschuß aller für die nationale Rettung eintretenden Gruppen und Parteien gehörten. Nach Chiangs Freilassung wurden die bewaffneten Aktionen der Zentralregierung gegen die KPCh eingestellt, die Blockade ihrer Basisgebiete wurde jedoch fortgesetzt.

## 3.2 Die politische Ordnung der Republik von Nanjing

Die Übernahme der Macht durch die GMD wurde von großen Hoffnungen begleitet, symbolisierte sie doch für viele Chinesen den Beginn einer neuen Ära, in der nach Jahren der Zerstörung und Demütigung ein geeintes China Wohlstand für seine Bevölkerung und einen geachteten Platz unter den Nationen erreichen sollte.

Mit dem Abschluß des Nordfeldzuges läutete die GMD, gemäß dem Konzept Sun Yat-sens, eine Periode der Erziehungsdiktatur ein. In dieser Phase des Transformationsprozesses zur vollständigen Demokratie sollte das Volk unter Führung der GMD auf seine künftige Rolle als Souverän vorbereitet werden. Die »Grundsätze der Erziehungsdiktatur«, im Oktober 1928 verabschiedet, etablierten de facto eine Einpartei-Diktatur. Andere politische Parteien wurden nicht zugelassen, politische Partizipation der Bevölkerung war nur durch eine Mitgliedschaft in der GMD möglich.

### 3.2.1 Führungskonflikte in der GMD

Die Konsolidierung der Herrschaft wurde durch anhaltende Konflikte um die Parteiführung beeinträchtigt. Drei Kontrahenten erhoben Ansprüche, die sie aus ihren Verdiensten um die nationalistische Bewegung herleiteten: Chiang Kai-shek, Hu Hanmin und Wang Jingwei. Wang, ein langjähriger Mitstreiter Sun Yat-sens, galt als Repräsentant des linken Parteiflügels, seine Basis lag in den mittleren und unteren Ebenen der Parteiorganisation. Hu, Repräsentant des rechten Parteiflügels, hatte sich als Sekretär und Stellvertreter Suns wie als politischer Theoretiker ausgezeichnet. Chiang konnte sich keiner vergleichbaren Verdienste rühmen, als Kommandeur der Streitkräfte kontrollierte er jedoch den wichtigsten Machtfaktor innerhalb des Regimes. Gute Kontakte zu den Finanz- und Wirtschaftskreisen Shanghais und eine geschickte Personalpolitik verschafften ihm eine überlegene Ausgangsposition im Kampf um die Parteiführung. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen erwies sich Chiang als der bessere Taktiker, der die Loyalität konkurrierender Faktionen auf sich vereinigen konnte.

Sein Aufstieg zur dominierenden Persönlichkeit des Regimes wurde begleitet vom wachsenden Einfluß seiner politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen auf die Politik des Regimes. Er stand revolutionären Massenbewegungen ebenso skeptisch gegenüber wie den Verfahrensweisen einer modernen politischen Partei. Seine Vorstellungen von der Arbeitsweise komplexer Organisationen orientierten sich an den Befehls- und Gehorsamsstrukturen des Militärs, sein personalisierter Führungsstil verhinderte eine optimale Entfaltung der administrativen wie planenden Funktionen der Regierungsinstitutionen. Die ehemals revolutionäre GMD erstarb und verlor ihre mobilisatorischen Fähigkeiten, ihre Arbeit blieb den Interessen Chiangs und der Streitkräfte untergeordnet.

### 3.2.2 Organisation und Charakter der GMD

Die GMD vermochte die ihr zugewiesene Führungsrolle nicht wahrzunehmen. Obwohl nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut, bildete die GMD keine geschlossene, ideologisch geeinte und diszipliniert agierende Organisation. Ihre Basis in der Bevölkerung war schmal, ihr Aktionsraum blieb auf Gebiete unter direkter Kontrolle der Zentralregierung beschränkt.

Diese Schwäche hatte mehrere Ursachen. Hierzu zählen die Zusammensetzung und Rekrutierung ihrer Mitglieder. Trotz insgesamt hoher Mitgliedszahlen blieb der Anteil der Zivilbevölkerung gering: Von den ca. 1,7 Millionen Parteimitgliedern des

Jahres 1937 waren fast 1,1 Millionen Angehörige der Streitkräfte, lediglich 630 000 stammten aus der Zivilbevölkerung. Unter ihnen überwogen wiederum Angehörige von Staats- und Parteiorganen. Die Schichtenverteilung der Gesellschaft fand keine Entsprechung in der Mitgliederstruktur der GMD, der Anteil von Intellektuellen, Großbürgertum und städtischem Mittelstand war überdurchschnittlich hoch. In den Säuberungsaktionen der Jahre 1928 bis 1931 wurden nicht nur Kommunisten aus der GMD ausgeschlossen, sondern auch sozialreformerische Mitglieder des linken Parteiflügels.

Nach dem Scheitern der Volksfront hegten die Spitzenpolitiker der GMD ein ausgeprägtes Mißtrauen gegenüber Massenbewegungen. Daher verkümmerten die Massenorganisationen der Partei für Bauern, Kaufleuten, Frauen und Studenten zu bürokratischen Einrichtungen, die weder die Bevölkerung für die Politik der Partei zu mobilisieren noch als deren Interessenvertretung innerhalb des Regimes zu agieren vermochten.

Unter den drei Stützen des nationalistischen Regimes – Staatsapparat, Streitkräfte und Parteiorganisation – spielte die Partei nur eine nachgeordnete Rolle. Zur Sicherung und Erweiterung seines Herrschaftsgebietes bediente sich das Regime fast ausschließlich der Streitkräfte. Lokale Parteiorgane wurden in einem Gebiet erst aktiv, nachdem es von der Armee unter die Kontrolle der Zentralregierung gebracht worden war.

Ein andauernder Kampf parteiinterner Gruppen um Einfluß und Ämter, das Charakteristikum nationalistischer Herrschaft in der Nanjing-Dekade, band die Energien. Da Zugang zur Macht – außerhalb der militärischen Hierarchie – nur auf der Basis partikularistischer Beziehungen zu erlangen war, hatten Ausbau und Sicherung dieser Basis Vorrang vor der Verwirklichung politischer Programme.

### 3.2.3 Konfuzianisierung der Parteiideologie

In den Auseinandersetzungen mit den Doktrinen der KPCh und denen der Anhänger politischer Überzeugungen westlichen Ursprungs stellte die GMD vor allem jenen Teil der politischen Theorie Sun Yat-sens in den Vordergrund, der an Gedanken und Konzepte der chinesischen Klassiker anknüpfte. Gegen die Vorstellung vom Klassenkampf als Mittel sozialen Fortschritts führte sie Suns Diktum an, daß Klassenkampf ein pathologisches Phänomen sei, und propagierte seine Überzeugung, Fortschritt sei nur durch einen Ausgleich der Interessen zu erzielen. Der Rückgriff auf konfuzianisches Gedankengut zielte jedoch nicht auf die Wiederbelebung vergangener Gesellschaftsformen. Die GMD war zutiefst unzufrieden mit der Lage Chinas, ihre Führung war bereit, radikale Maßnahmen zu ergreifen, um die Verhältnisse in China selbst, aber auch die internationale Position des Landes zu verbessern.

Die Vorstellungen, die Chiang und seine Gefolgsleute von einer künftigen gesellschaftlichen Ordnung Chinas entwickelten, waren sowohl von konfuzianischen Elementen wie von den militaristischen Zügen der Gesellschaften Japans, Italiens und Deutschlands beeinflusst. In diesem Gedankengebäude wurden die Werte der chinesischen Tradition funktionalisiert, sie dienten als Versatzstücke, die den Zusammenhalt der chinesischen Bevölkerung fördern und damit die Voraussetzung für die Errichtung einer neuen Gesellschaft schaffen sollten. Ziel der intellektuel-

len Anstrengungen war die Vermittlung eines neuen »zentralen Glaubens«. Ohne Glauben würde das Volk zu Anarchie und moralischer Verwirrung neigen. Den wichtigsten Versuch, diesen Ansatz in die Tat umzusetzen, bildete die Bewegung »Neues Leben«. Unter starkem persönlichen Engagement Chiangs sollte die Bewegung der Bevölkerung jener Gebiete, die längere Zeit unter kommunistischer Herrschaft gestanden hatten, ein neues Bewußtsein vermitteln.

### 3.2.4 GMD und gesellschaftliche Gruppen

Das nationalistische Regime wird literarisch zumeist als Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie dargestellt. Seine Verbindungen zu den Gruppen der chinesischen Gesellschaft entsprachen jedoch nicht dieser vereinfachenden Sichtweise. Weder Regime noch gesellschaftliche Gruppen waren monolithisch strukturiert, die Beziehungen der Entscheidungsträger auf den verschiedenen Ebenen des Regimes zu den gesellschaftlichen Kräften waren daher unterschiedlich.

Auf der nationalen Ebene verfügte das Regime über einen hohen Grad an Autonomie gegenüber der Gesellschaft. Da seine Macht auf der Kontrolle der Zentralarmee basierte, war es weder von der Zustimmung der Wähler noch von der Unterstützung durch Verbände oder Massenorganisationen abhängig. Das Verhältnis des Regimes zur Privatwirtschaft war eher auf deren Unterwerfung unter die Ziele des Regimes denn auf eine Förderung der privatwirtschaftlichen Interessen ausgerichtet.

Im ländlichen Bereich bestand ein komplexes Verhältnis von Kooperation und Konflikt: Das Regime stellte einerseits eine Bedrohung für die Interessen der ländlichen Eliten dar, da es ihre Machtstellung angriff und die staatliche Verwaltung in Gebiete ausdehnte, die bislang unter lokaler Selbstverwaltung gestanden hatten. Die wachsende Steuerlast trieb außerdem viele Grundbesitzer in den Konkurs. Andererseits unterstützte das Regime aber durch die Eintreibung rückständiger Pachtzahlungen und durch die Verschleppung der Bodenreform die Interessen der Grundbesitzer.

### 3.2.5 Kritik und Repression

Die Hoffnungen, welche die Bevölkerung ursprünglich mit der Nationalregierung verbunden hatte, wichen bald der Enttäuschung; die Kritik an der nationalistischen Herrschaft wuchs. Autoritäre Herrschaftspraktiken, Korruption, Mißwirtschaft, aber auch die ständigen Querelen zwischen den Faktionen der GMD ließen Unterstützung in Ablehnung und Opposition umschlagen.

Besonders im Verhältnis zu zwei Stützen der öffentlichen Meinung, den Intellektuellen und Studenten, bewies das Regime keine glückliche Hand. Deren wachsende Kritik wurde mit Zensur und Zwangsmaßnahmen beantwortet, die schließlich in Pläne für eine »Vereinheitlichung des Denkens«, ein Euphemismus für Unterdrückung der Gedankenfreiheit, mündeten. Das Unvermögen der Nationalisten, sich den Kritikern in einer offenen Auseinandersetzung zu stellen, führte zu einer tiefgehenden Entfremdung zwischen der GMD und großen Teilen der chinesischen Intelligenz.



### 3.3 Erfolge und Mißerfolge des nationalistischen Regimes

Es ist kaum möglich, eine faire Bilanz der Erfolge und Mißerfolge des nationalistischen Regimes in den knapp zehn Jahren der Nanjing-Dekade zu ziehen. Die Kluft zwischen den Erwartungen der Bevölkerung, den Intentionen der Regierung und dem tatsächlich Erreichten war gewaltig. Eine kritische Würdigung der Regierungspolitik muß jedoch auch jene Faktoren berücksichtigen, die ihre Erfolgchancen negativ beeinflußt haben. Hierzu zählen die anhaltenden bewaffneten Konflikte in China und die japanischen Expansionsbestrebungen. Sie veranlaßten die Regierung, umfangreiche Ressourcen für militärische Aufgaben einzusetzen und sie damit einer produktiven Verwendung zu entziehen. Berücksichtigt werden müssen aber auch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, welche die äußeren Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes verschlechterten.

Das entwicklungspolitische Konzept der GMD konzentrierte sich auf die technologischen Voraussetzungen künftigen Wirtschaftswachstums. Mit einem solchen Ansatz konnten keine kurzfristigen Erfolge bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes erzielt werden. Der Zeitraum zwischen der Gründung der Regierung in Nanjing und dem Ausbruch des anti-japanischen Krieges war zu kurz, um ihre Politik voll zur Wirkung kommen zu lassen.

#### 3.3.1 Wirtschaft und Finanzen

Die Zentralregierung vereinheitlichte die Währung, im April 1933 wurde der Tael als legales Zahlungsmittel vom Silberdollar abgelöst. Dem starken Abfluß von Silber ins Ausland, der die wirtschaftliche Stabilität des Landes bedrohte, begegnete die Regierung im November 1935 mit der Einführung von Papiergeld.

Der Regierung gelang es jedoch nicht, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen und ausreichende Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung bereitzustellen. Die Ausgaben wurden von militärischen Erfordernissen bestimmt, ihre Finanzierung erfolgte zu einem beträchtlichen Teil durch Schuldverschreibungen. Auf der Einnahmenseite klafften große Lücken: Das Budget der Zentralregierung war im Schnitt nur zu 80 % durch Einnahmen gedeckt, der Anteil der Militärausgaben erreichte mehr als 40 %, weitere 25 % mußten für den Schuldendienst aufgewandt werden.

In der Wirtschaftspolitik galt die besondere Aufmerksamkeit dem Aufbau einer modernen leistungsfähigen Industrie und dem Ausbau der Infrastruktur. Diese Schwerpunkte entsprachen den Plänen Sun Yat-sens für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, sie entsprangen aber auch aktuellen politischen Erfordernissen.

Nach Suns Vorstellungen sollte die Industrialisierung Chinas unter Beteiligung ausländischen Kapitals verwirklicht werden. Der englische Titel seiner programmatischen Schrift lautete bezeichnenderweise »The International Development of China«. Die Kontrolle über die Industrialisierungspolitik sollte jedoch in chinesischen Händen verbleiben. Die Antipathie der GMD gegen ein kapitalistisches Wirtschaftssystem und die daraus resultierende Neigung, die wirtschaftliche Entwicklung soweit wie möglich staatlicher Kontrolle zu unterwerfen, wurde durch die internationalen wirtschaftspolitischen und -theoretischen Debatten jener Zeit, welche die Vorzüge staatlicher Planung herausstellten, eher verstärkt.

Das große Interesse des Regimes am Aufbau einer modernen Industrie entsprang durchaus auch den aktuellen Bedürfnissen: Nach einer Vereinbarung aus dem Jahre 1928 fielen die Steuereinnahmen aus der Landwirtschaft den Provinzen zu, der moderne Sektor der Wirtschaft bildete somit die wichtigste Einkommensquelle der Regierung in Nanjing. Auch der Aufbau einer modernen Armee, den die Nationalisten als Voraussetzung für eine erfolgversprechende Abwehr der japanischen Expansion ansahen, setzte eine leistungsfähige industrielle Basis voraus.

Nach anfänglicher Konfusion in der Industriepolitik begann die Zentralregierung 1932 mit dem Aufbau einer Planungsbürokratie. Die Aufgaben der »Kommission für die nationale Verteidigungsplanung« lagen zunächst in der Entwicklung von Basisindustrien und der wirtschaftlichen Mobilisierung des Landes. Nach ihrer Umbenennung in »Nationale Ressourcen Kommission« (NRK) übernahm sie die Planung des rasch wachsenden staatlichen Industriesektors und die Gestaltung der Handelsmechanismen zur Abwicklung von Kooperationsprojekten zwischen China und ausländischen Partnern. Die Umsetzung des Plans, China mit Hilfe ausländischen Kapitals zu entwickeln, stieß jedoch auf Hindernisse, da ausländische Kapitalgeber nicht an Investitionen in Firmen interessiert waren, die nicht ihrer Kontrolle unterstanden.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma bot ein Modell der NRK, das Kooperationsprojekte ohne Einsatz chinesischen oder ausländischen Kapitals ermöglichte. Die ausländische Beteiligung bestand aus Sachleistungen und Ausbildungsprogrammen, die Finanzierung erfolgte durch Tauschgeschäfte, in denen chinesische Rohstoffe gegen ausländische Investitionsgüter getauscht werden sollten. Dieses Modell wurde erstmals im Jahre 1934 mit deutschen Partnern beim Bau einer Eisenbahnlinie angewandt. In den folgenden Jahren fand es besonders beim Aufbau des Staatssektors der Schwerindustrie häufiger Anwendung. Ein ambitioniertes Industrialisierungsprogramm, das China – mit starker deutscher Beteiligung – in den Besitz modernster Technologie bei voller Kontrolle über die Betriebe bringen sollte, fiel jedoch dem Krieg mit Japan zum Opfer.

Das Wachstum des privaten Sektors wurde durch die nationalistische Wirtschaftspolitik in vielfacher Weise behindert. Der hohe Finanzbedarf der Zentralregierung entzog der Privatwirtschaft Mittel, die dringend für Investitionen benötigt wurden. Die Kreditaufnahme durch den Staat absorbierte rund 70 % des zur Verfügung stehenden Investitionskapitals, sie verteuerte darüber hinaus die Kapitalbeschaffungskosten beträchtlich: Zinssätze von 18 bis 20 % p.a. machten Kredite für viele Unternehmer unerschwinglich und verstärkten den Abfluß des Kapitals aus dem produktiven Sektor der Volkswirtschaft.

Erfolge konnte die Zentralregierung dagegen beim Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen vorweisen. Durch die Gründung des Eisenbahnministeriums verbesserte sich die Koordination von wichtigen Bauvorhaben, das Eisenbahnnetz wuchs zwischen 1928 und 1937 um 5 000 km auf eine Länge von 13 000 km. Im Straßenbau und in der Entwicklung des Luftverkehrs wurden ebenfalls Fortschritte gemacht. Das Straßennetz erreichte eine Ausdehnung von ca. 120 000 km im Jahre 1936, verglichen mit knapp 1 000 km im Jahre 1921. Unter starker Beteiligung ausländischer Firmen wurde ein modernes Luftverkehrswesen ins Leben gerufen.

Der Ausbau von Verkehrswegen und Kommunikationsverbindungen bildete ein wichtiges Instrument zur politischen Integration des Landes, da es der Zentrale schnelle, direkte Kontakte auch mit entlegenen Regionen des Landes ermöglichte. Sein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes war jedoch begrenzt, da sich die Streckenführung häufig eher an militärischen denn an ökonomischen Erwägungen orientierte.

### 3.3.2 Landwirtschaft

Der Landwirtschaft hingegen widmete das Regime wenig Aufmerksamkeit, obwohl dieser Sektor ca. 60 % des BSP erwirtschaftete und mehr als 80 % der Bevölkerung im ländlichen Raum lebten.

Diese Bevölkerung wurde von mehreren Problemen geplagt. Unter der Herrschaft der Kriegsherren hatte sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert. In besonders großen Schwierigkeiten befanden sich die Pächter. Nach Untersuchungen des Völkerbundes mußten in Südchina Pächter und Teilpächter, die dort 60–90 % der Bauernschaft ausmachten, zwischen 40 und 60 % des jährlichen Ernteertrages als Pacht zahlen. Hinzu kamen die staatliche Landsteuer sowie diverse Zusatzsteuern, die ihrerseits 35–350 % der Pachtzahlungen ausmachen konnten. Weitgehende Verschuldung, Verlust des Besitzes und Armut waren die zwangsläufige Folge dieser Verhältnisse.

Die ohnehin prekäre Situation auf dem Lande wurde durch ein strukturelles Problem verschärft: Das Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl, der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und der Nahrungsmittelproduktion verschlechterte sich kontinuierlich und entzog sich einer schnellen Lösung durch kurzfristige Maßnahmen der Regierung.

Das Ziel, die ungerechten Besitzverhältnisse zu verändern, das einer der wichtigsten Punkte in Sun Yat-sens politischem Programm gewesen war, verschaffte den Nationalisten während des Nordfeldzuges starken Zulauf aus bäuerlichen Kreisen. Durch eine umfassende Landreform sollte jeder Bauer in den Besitz des Bodens kommen, den er bearbeitete. Das Regime schuf zwar im Jahre 1930 mit dem »Bodengesetz« die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bodenreform und die Reduzierung der Pachtzahlungen auf maximal 37,5 % der jährlichen Haupternte, doch fehlte ihm der Wille zu seiner systematischen Umsetzung. Pachtreduzierung und Bodenreform blieben daher während der gesamten Dekade regionale Einzelerscheinungen.

Selbst eine umfassende Verwirklichung der Reformpläne hätte jedoch unmittelbare keine Abhilfe bei den Strukturproblemen bewirkt. Die Versuche, diesem Komplex durch eine Intensivierung landwirtschaftlicher Forschung und die Züchtung ertragreicherer Getreidesorten zu begegnen, blieben ohne nennenswerte Resultate.

### 3.3.3 Bildung und Erziehung

Große Anstrengungen unternahm das Regime hingegen im Erziehungswesen, das sowohl in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht verbessert wurde. Die Zahl der Schüler und Studenten wuchs zwischen 1928 und 1937 um mehr als 180 %. Dem

tertiären Bildungssektor schenkte die Regierung große Aufmerksamkeit, indem sie neue Universitäten und Colleges gründete und bestehende Einrichtungen ausbaute. Anfang der dreißiger Jahre verfügte China über 111 weiterführende Bildungseinrichtungen. Durch die finanzielle Unterstützung privater Institutionen bot sich die Möglichkeit, neue Ausrüstungen anzuschaffen und den Lehrkörper zu erweitern. Ein Indiz für den Erfolg dieser Bildungspolitik war der steigende Anteil von Studenten in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern.

### 3.3.4 Nationale Souveränität

Die Abschaffung der Beschränkung des Zollhebesatzes, der seit dem Opiumkrieg auf 5 % des Wertes festgelegt war, stellte ein weiteres vordringliches Ziel der Nationalisten dar. Schon vor Abschluß des Nordfeldzuges verkündete die Zentralregierung am 20. Juli 1927 die Zollautonomie, die betroffenen Staaten konnten sich der Einführung neuer Tarife jedoch bis Juli 1928 widersetzen. In den Verhandlungen fiel noch eine weitere, die Souveränität Chinas einschränkende Regelung: Die ausländischen Staaten erklärten sich bereit, in Zukunft auf die Konsulargerichtsbarkeit zu verzichten.

Bemühungen, die von der Qing-Dynastie an ausländische Staaten abgetretenen Pachtgebiete zurückzugewinnen, waren weniger erfolgreich. Großbritannien verzichtete zwar auf einen Teil seiner Konzessionsgebiete, Belgien auf seine Konzession in Tianjin, die endgültige Wiederherstellung aller chinesischen Rechte erfolgte jedoch erst im Jahre 1943.

## 4. Krieg gegen Japan, Bürgerkrieg, Flucht nach Taiwan

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß es der GMD während der zehn Jahre, in denen sie die Regierung in Nanjing stellte, gelang, den Prozeß der Desintegration zu verlangsamen und große Teile des Landes unter ihre Herrschaft zu stellen. Die Priorität, die das Regime der Lösung der nationalen Frage einräumte und der Versuch, diese Lösung mit militärischen Mitteln zu erreichen, führten jedoch zu einer Vernachlässigung dringend notwendiger Reformen in anderen Politikbereichen, ohne die die fundamentalen Probleme des Landes nicht zu bewältigen waren.

### 4.1 Krieg gegen Japan (1937–1945)

Der Ausbruch des Krieges gegen Japan im Juli 1937 deckte die Schwächen des nationalistischen Regimes schonungslos auf. Zwar gelang es dem Regime unter großen Anstrengungen, lebenswichtige Einrichtungen aus dem unteren Yangzi-Gebiet flüßaufwärts nach Sichuan zu verlegen. Militärisch hatten die Nationalisten den Japanern jedoch wenig entgegenzusetzen, zumal die von der chinesischen Armee verfolgte konventionelle Kriegsführung es den japanischen Streitkräften erlaubte, ihre materielle Überlegenheit voll zur Geltung zu bringen.

Chongqing, die Kriegshauptstadt der Republik, entwickelte sich zwar zu einem Anziehungspunkt für Intellektuelle aus den besetzten Gebieten, die Flucht ins Landesinnere schnitt die GMD jedoch vom Fundament ihrer Herrschaft, den entwickelten Teilen Chinas, ab. Partei und Regierung erwiesen sich als unfähig, neue Konzepte für die veränderten Bedingungen zu entwickeln. Militärische Mißerfolge und ausufernde Korruption demoralisierten das Regime und seine Streitkräfte, während die Bevölkerung unter Inflation und Repression litt.

#### 4.2 Bürgerkrieg und Flucht nach Taiwan (1945–1949)

Nach der japanischen Kapitulation am 14. August 1945 kehrte die Zentralregierung nach Nanjing zurück. Sie versuchte, die ehemals besetzten Gebiete wieder ihrer Kontrolle zu unterstellen und eine stabile Ordnung in dem durch den Krieg verwüsteten Land aufzubauen. Angesichts der Größe der Herausforderung wurden die Mängel des Regimes augenfällig: Polizeiterrror und Habgier von Amtsträgern nahmen bedrückende Formen an, die Inflation entzog sich jeder Kontrolle durch die Regierung.

Politische Reformen, die die Erziehungsdiktatur beenden und den Übergang zur Verfassungsherrschaft vollziehen sollten, vermochten das Regime nicht mehr zu stabilisieren. Die neue Verfassung der Republik trat zwar zum Jahresbeginn 1947 in Kraft und die nationalen Parlamente wurden durch Wahlen besetzt. Doch trotz ihres Wahlsieges hatte die GMD zu diesem Zeitpunkt nach Meinung vieler Chinesen den Anspruch auf eine Fortsetzung ihrer Herrschaft eingebüßt.

Im 1947 erneut ausbrechenden Bürgerkrieg mit der KPCh setzten die Nationalisten wiederum auf militärische Mittel. Ihre zahlenmäßig überlegenen Verbände vermochten die Einheiten der KPCh zunächst zurückzudrängen, doch wendete sich nach einer Offensive der Kommunisten im September 1948 die militärische wie politische Lage endgültig zugunsten der KPCh, die von großen Teilen der Bevölkerung als Befreier von einem unerträglichen Regime begrüßt wurde. Als auch das letzte Rückzugsgebiet der Nationalisten auf dem Festland, die Provinz Sichuan, nicht mehr gegen die Truppen der Volksbefreiungsarmee verteidigt werden konnte, zogen sich Chiang Kai-shek und die Regierung der Republik im Dezember 1949 nach Taiwan zurück, gefolgt von rund zwei Millionen Anhängern. Fortan – und bis heute – beschränkte sich das Territorium der Republik China auf die Insel Taiwan und einige vorgelagerte Inselgruppen.

#### Verwendete und weiterführende Literatur

- CH'I HSI-SHENG (1976): Warlord Politics in China, 1916–1928, Stanford.  
COBLE, PARKS M. JR. (1980): The Shanghai Capitalists and the Nationalist Government, 1927–1937, Cambridge, MA.  
DOMES, JÜRGEN (1969): Vertagte Revolution: Die Politik der Kuomintang in China, 1929–1937, Berlin.  
EASTMAN, LLOYD E. (1991/Hrsg.): The Nationalist Era in China, 1927–1949, Cambridge.  
FAIRBANK, JOHN K. (1983/Hrsg.): The Cambridge History of China, Vol. 12: Republican China 1912–1949, Part 1. Cambridge.

- FAIRBANK, JOHN K.; FEUERWERKER, ALBERT (1986/Hrsg.): The Cambridge History of China, Vol. 13: Republican China 1912–1949, Part 2. Cambridge.  
FEWSMITH, JOSEPH (1985): Party, State, and Local Elites in Republican China: Merchant Organizations and Politics in Shanghai, 1890–1930, Honolulu, HI.  
HALBEISEN, HERMANN (1989): La décennie de Nankin (1927–1937), in: Bergère, Marie-C.; Bianco, Lucien; Domes, Jürgen (Hrsg.): La Chine au XXe Siècle: D'Une Révolution à l'Autre 1895–1949, Paris, 161–184.  
JORDAN, DONALD (1976): The Northern Expedition. China's National Revolution of 1926–1928, Honolulu.  
MOHR, ERNST G. (1985): Die unterschlagenen Jahre. China vor Mao Tse-tung, Esslingen.  
NATHAN, ANDREW J. (1976): Peking Politics, 1918–1923. Factionalism and the Future of Constitutionalism, Berkeley, CA.  
OSTERHAMMEL, JÜRGEN (1997): Shanghai, 30. Mai 1925. Die chinesische Revolution, München.  
PEPPER, SUZANNE (1978): Civil War in China. The Political Struggle 1945–1949, Berkeley, CA.  
PORTER, ROBIN (1994): Industrial Reformers in Republican China, Armonk/London.  
SHERIDAN, JAMES E. (1975): China in Disintegration. The Republican Era in Chinese History, 1912–1949, New York.  
SIH, PAUL K.T. (1970/Hrsg.): The Strenuous Decade: China's Nation-Building Efforts, 1927–1937, New York.  
TIEN HUNG-MAO (1972): Government and Politics in Kuomintang China, 1927–1937, Stanford.  
WILBUR, C. MARTIN (1976): Sun Yat-sen, Frustrated Patriot, New York.



Schriftenreihe Band 351

Carsten Herrmann-Pillath  
und Michael Lackner (Hrsg.)  
unter Mitarbeit von Doris Fischer  
und Christoph Müller-Hofstede

## Länderbericht China

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
im chinesischen Kulturraum

*Henrich*

 Bundeszentrale  
für politische Bildung